

„Schuldenabbau in guten Zeiten ist unabdingbar“

Haushaltsserie Teil II: Rede von OB Dieter Salomon zur Einbringung des Doppelhaushalts 2009/2010 am 16. September im Gemeinderat (Auszüge)



Der laufende Doppelhaushalt hatte uns nach den schwierigen Jahren 2005 und 2006 erstmals eine erhebliche Entspannung gebracht, die vor allem aus den Mehreinnahmen im Finanzausgleich, bei der Einkommensteuer und der Grundsteuer resultierten. Diese Mehreinnahmen hatten uns in die Lage versetzt, einen Haushaltsentwurf für 2007 und 2008 vorzulegen, der über die Mindestzuführung hinaus eine nennenswerte Zuführung erwirtschaftete, der ohne neue Schulden auskam und der zum ersten Mal nach Jahren wieder nennenswerte Ansätze für Investitionen, vor allem für den Beginn der Schulsanierung, enthalten hatte.

Der letzte Haushalt war zwar auf den ersten Blick ausbalanciert. Bei näherem Hinsehen war diese Balance nur mit einer Roskur zu erreichen. Deshalb hatte sich der Gemeinderat Ziele gesetzt, die mit einem Satz zu definieren sind: Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt nach Möglichkeit nie wieder in die Gefahr der Handlungsunfähigkeit gerät, wie dies 2005 und 2006 beinahe geschehen wäre – nämlich in eine Lage, nicht mehr die Pflichtaufgaben aus eigener Kraft leisten zu können, sondern nur um den Preis des Vermögensverzehrs. Nicht mehr investieren und sanieren zu können, sondern tatenlos zusehen zu müssen, wie städtisches Vermögen marode wird und an Wert verliert. Und schließlich beinahe die eigene Entscheidungsfreiheit an das Regierungspräsidium zu verlieren.

Dazu hat der Gemeinderat am 15. Mai 2007 die Grundsatzentscheidung getroffen, ab sofort jede Mehreinnahme über die beschlossenen Ansätze hinaus jeweils zur Hälfte in Sanierung und Erhalt städtischen Vermögens sowie in die Schuldentilgung zu stecken. Und weiter: Fortan auf jede Neuverschuldung zu verzichten. Der Doppelhaushalt 2009/2010 wird diesen Kurs konsequent fortschreiben. Um diesem Anspruch heute gerecht zu werden, ist der Entwurf des Doppelhaushalts durch drei nachhaltige Ziele gekennzeichnet:

- Sanieren
- Konsolidieren
- Investieren.

Sanieren bedeutet: Wir werden weiterhin den Anteil der konsumtiven Ausgaben am Gesamthaushalt senken. Dies betrifft in erster Linie den „Eigenverbrauch“ der Stadtverwaltung. Dies betrifft weiter alle Zuschüsse und alle sonstigen freiwilligen Leistungen.

Konsolidieren bedeutet: Wir werden weiterhin Schulden tilgen. Ende dieses Jahres werden wir erstmals wieder seit rund 15 Jahren mit 299,9 Millionen knapp unter die Grenze von 300 Millionen Euro Schulden kommen. Für Ende 2010 sieht der Entwurf eine Verschuldung von nur noch 259 Millionen Euro vor. Wir tilgen damit in nur vier Jahren ca. 75 Millionen Euro Schulden, ungefähr 20 Prozent unserer gesamten Schulden.

Ich halte den Schuldenabbau in guten Zeiten für unabdingbar. Das Problem der immer höheren Verschuldung früherer Jahre resultiert ja daraus, dass man sich in schlechten Jahren verschuldet hat und in guten Jahren nicht die politische Kraft gefunden hat, sich wieder zu entschulden. Das Ergebnis sind die Schuldenberge bei Bund, Ländern und Kommunen. Damit muss Schluss sein. Wir haben diesmal die guten Zeiten genutzt, damit wir in schlechteren Zeiten unsere Handlungsfähigkeit wahren können.

Und schließlich: **Investieren** bedeutet, dass wir durch Sanierung dem massiven Wertverlust der städtischen Infrastruktur entgegenwirken, der in den letzten Jahrzehnten zumindest billigend in Kauf genommen wurde. Dies

betrifft in erster Linie die Schulen, aber auch Brücken und Straßen.

Seit Ende 2006, vor allem aber seit 2007 erleben wir eine Phase des konjunkturellen Aufschwungs. Es ist erfreulich, dass wir heute mit einer Quote von 6,9 Prozent Arbeitslosigkeit im Durchschnitt aller baden-württembergischen Stadtkreise stehen. Freiburg hat längst nicht mehr die „rote Laterne“ in der Arbeitsmarktstatistik.

Am Konjunkturhimmel ziehen allerdings dunkle Wolken auf. Zwar gehen die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute nicht davon aus, dass Deutschland in eine Rezession gerät, aber das Wachstum der letzten drei Jahre wird sich spürbar verringern, und die Konjunktur wird sich entsprechend abkühlen. Dies wird mit zeitlichem Abstand nicht ohne Folgen sein für das gesamtstaatliche Steueraufkommen und damit für die städtischen Einnahmen.

Die Eckwerte des Haushalts 2009/2010 wären noch vor zwei Jahren beinahe unvorstellbar gewesen. In beiden Haushaltsjahren wird die Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt rund 50 Millionen Euro über der Mindestzuführung liegen. Wir werden in beiden Jahren jeweils 20 Millionen Euro Schulden tilgen und keinen Cent neue Schulden aufnehmen. Das sind mehr als solide Zahlen. Bei dem Investitionsbedarf in den folgenden Jahren bräuchten wir solche Haushalte aber sicher noch zehn oder fünfzehn Jahre.

Bildung und Betreuung

Die Sanierung der Schulen ist und bleibt der größte Ausgabenblock bei den Investitionen. In der Summe sieht der Doppelhaushalt insgesamt rund 35 Millionen Euro netto Investitionen nur für Schulen vor. Im Verwaltungshaushalt geben wir weitere 24 Millionen Euro für Gebäudeunterhaltung aus, auch hier zum ganz überwiegenden Teil für Schulen. Wir wissen heute aber auch, dass die Kostenschätzungen von vor einigen Jahren längst überholt sind und dass wir sehr viel mehr aufwenden müssen als angenommen. In nahezu allen Fällen sind es übrigens viel mehr die Schadstoffbeseitigung und neuen Rechtsvorschriften für Sicherheit oder Brandschutz als die normalen Baukostensteigerungen, die ursächlich sind für die Kostenentwicklung.

Intakte Schulgebäude sind die Voraussetzung, dass Inhalte auch vermittelbar sind. Die Gesellschaft verändert sich in einem rasanten Tempo. Und gerade im Bildungssektor entscheidet sich, ob diese Gesellschaft ihre Herausforderungen auch in Zukunft meistern wird. Der demografische Wandel und die Tatsache, dass schon heute vielfach Arbeitskräftemangel herrscht, machen überdeutlich, dass wir es uns nicht länger leisten können, Bildungsreserven ungenutzt zu lassen. Deshalb ist gute Bildungspolitik nicht nur ökonomisch sinnvoll. Nein, gute Bildungspolitik ist deshalb auch Sozialpolitik, gute Bildungspolitik ist auch



Oberbürgermeister Dieter Salomon

(Foto: M. Spiegelhalter)

sondern langfristig begehbar bleiben. Der deutliche Rückgang der Zahl der Hauptschüler ohne Abschluss ist ein erster Erfolg. Äußerst hilfreich ist in diesem Zusammenhang das Regionale Bildungsbüro.

In diesem Kontext ist auch das Kapitel Betreuung und frühkindliche Bildung zu nennen. Der Gemeinderat hat das Ziel definiert, bis 2013 für 39 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Das liegt über der angestrebten Quote von 35 Prozent im Bund. Heute stehen sind wir bei rund 20 Prozent. Für die Zielgruppe der Kinder unter drei Jahre sieht der Haushalt insgesamt rund 16 Millionen Euro vor.

Dabei geht es um eine der entscheidenden sozialen Fragen der Gegenwart: Wie lange wollen wir noch das sozial undurchlässigste und gegenüber Migrantenkindern abgeschottetste Bildungswesen Europas hinnehmen? Viele Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen- und einkommensschwachen Familien haben schon am ersten Schultag keine Chance auf einen erfolgreichen Schulabschluss. Gegen diesen Zustand können wir etwas tun, indem wir die Anzahl der Plätze ausbauen, um die Chancen für benachteiligte Kinder zu verbessern und indem wir mehr noch als bisher auf den Erwerb und den Ausbau der sprachlichen Fähigkeiten achten. Indem wir Ganztagsangebote fördern, die auch einen gemeinsamen Mittagstisch enthalten. Und indem wir dafür sorgen, dass kein Kind mehr zuschauen muss, wenn andere Kinder essen.

Umwelt- und Klimaschutz

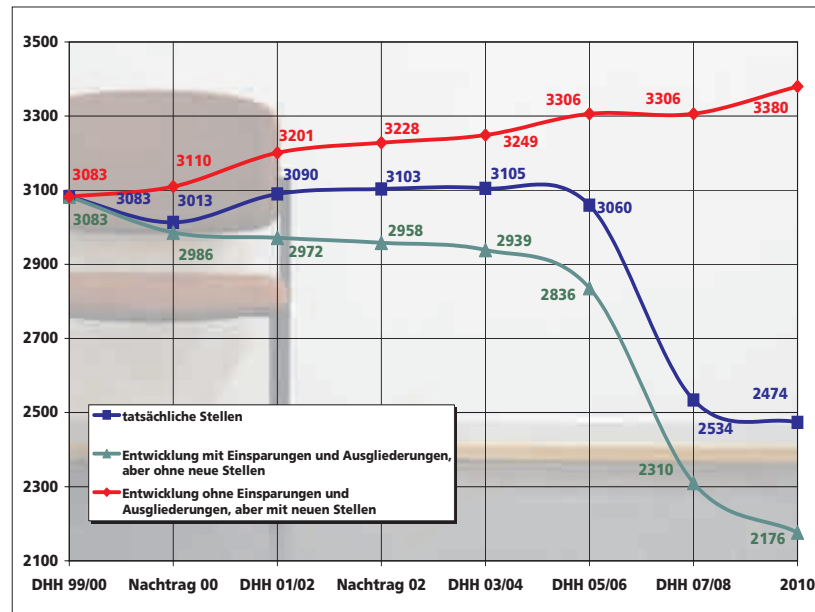
Das Ziel einer 40-prozentigen CO₂-Reduktion bis 2030 ist nicht allein mit einem großen Wurf zu schaffen. Wir brauchen viele große und kleine Veränderungen, vor allem auf den Gebieten Verkehrspolitik und Energiepolitik. Wir müssen als Stadt strategische Weichen stellen, politische Vorgaben machen und selbst Vorbild sein.

Klimaschutz ist zu einem Gutteil Verkehrspolitik. Der Gemeinderat hat alle Stadtbahnprojekte wieder mit höchster Dringlichkeit auf die politische Agenda gesetzt. Wenn wir die Gesamtkosten addieren, sprechen wir über einen Gesamtaufwand brutto von 121 Millionen Euro bis zum Jahr 2018. Für die Haushalte bedeutet dies einen Eigenanteil von voraussichtlich 20 Millionen Euro, und die VAG wird ihrerseits 25,8 Millionen Euro aufwenden. Und weil Klimaschutz nicht an der Stadtgrenze aufhört, brauchen wir genau so Verbesserungen bei den S-Bahn-Linien und leisten dazu unseren Beitrag im Zweckverband.

Klimaschutz ist vor allem auch eine erfolgreiche Energiepolitik. Hier stellen sich nach wie vor die Aufgaben, die der Freiburger Gemeinderat schon 1986 einstimmig beschlossen hat: nämlich der Dreiklang von Energieeinsparung, höherer Energieeffizienz und des Umstiegs von Atomkraft und fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien. Freiburg ist diesen Weg in den letzten zwei Jahrzehnten konsequent wie nur wenige andere Städte gegangen. Der Beschluss, spätestens im Jahre 2011 für Neubauten Passivhausstandard vorzuschreiben, ist dabei bundesweit vorbildlich.

Unser Markenzeichen in Freiburg ist die Solarenergie, sind die regenerativen Energien. Immer wichtiger wird in diesem Zusammenhang die Badenova, die sich explizit nicht nur als ökologischer Energieversorger, sondern immer mehr als ökologischer Energiedienstleister versteht. Ohne die Unterstützung der Badenova wäre die Steigerung auf 10 Millionen Kilowattstunden Solarenergie jährlich gar nicht möglich gewesen.

Nicht nur dem Klima, sondern auch den Menschen ist außerdem damit geholfen, wenn wir die energetischen Gebäudesanierungspro-



Verwaltungsreform trägt Früchte: Ohne Einsparungen läge die Zahl der Personalstellen Ende 2010 bei fast 3400 (rote Linie). Tatsächlich werden es zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich aber weniger als 2500 sein (blau). Lässt man die neu geschaffenen Stellen außer acht, so zeigt sich, wie viele Stellen innerhalb von zehn Jahren tatsächlich eingespargt oder ausgelagert (Theater und Bäder) wurden (grün).

(Quelle: Kämmerei / Foto: aboutpixel)

Politische Schwerpunkte

Das Bürgermeisteramt legt einen Haushaltsentwurf vor, dessen Schwerpunkte mit zwei Sätzen zu umreißen sind:

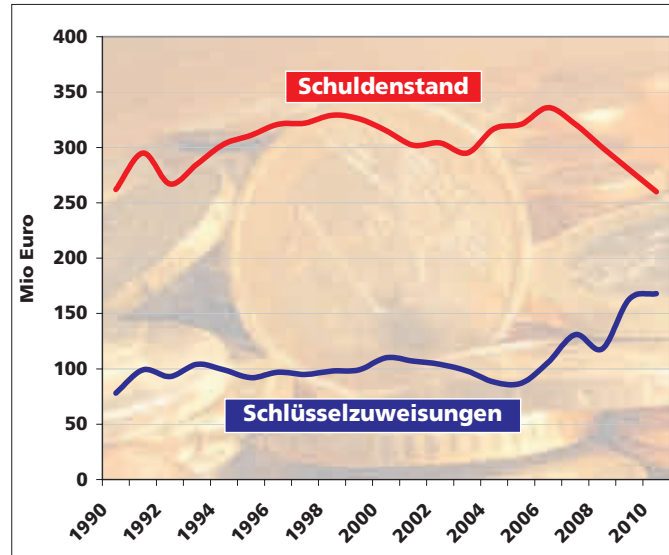
- Wir wollen eine nachhaltige Stadt werden, indem wir in eine soziale, kulturelle und ökologische Zukunft, in die Generation der jungen Menschen investieren, mit intakten und innovativen Schulen, guter Bildung und Erziehung und mit einem glaubwürdigen und beispielhaften Engagement für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
- Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass wir in den Erhalt und die Wertmehrer unserer Infrastruktur investieren, die wir dieser Generation der heute jungen Menschen hinterlassen wollen. Dies ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Deshalb heißen die politischen Schwerpunkte dieses Haushalts folgerichtig:

- Bildung und Betreuung
- Umwelt- und Klimaschutz
- Wohnungsbau und Wohnen
- Kultur
- Umbau der Stadtverwaltung

Armutsprävention, und gute Bildungspolitik ist Politik gegen soziale Ausgrenzung.

Ich nenne in diesem Zusammenhang den Ausbau der Ganztagschulen. Der gemeinsame Mittagstisch, andere Formen gemeinsamen, angeleiteten sozialen Lernens kommen allen Kindern, vor allem aber Kindern aus bildungsfernen und mit sozialen Problemen belasteten Elternhäusern sowie Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zugute. Die Verbesserung des Angebots an Schulsozialarbeit, das Erfolgsmodell der Leselernpatenschaften und die Orientierung an den Talenten der Schülerinnen und Schülern in dem Hauptschulprojekt „Erfolgreich in Ausbildung“ – sie sind Beispiele für unsere Anstrengungen, damit Bildungswege und damit Bildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen nicht frühzeitig verba-



Günstige Entwicklung: Weil die Schlüsselzuweisungen des Landes seit 2006 sprunghaft gestiegen sind, ist es möglich, den Schuldenstand bis zum Ende des Jahres erstmals wieder unter die 300-Millionen-Euro-Marke zu senken.

(Quelle: Kämmerei / Foto: A. J. Schmidt)

gramme voranbringen. Wir bleiben bei der Verpflichtung, dass 10 Prozent der Konzessionsabgabe der Badenova, jährlich 1,2 Millionen Euro, zweckgebunden für Klimaschutz aufgewendet werden und weiterhin 1,5 Millionen Euro pro Jahr aus Steuermehreinnahmen für energetische Sanierungen eingesetzt werden.

Wohnungsbau und Wohnen

Freiburg ist nach wie vor eine wachsende Stadt mit einem traditionell hohen Mietniveau. Wir brauchen deshalb preisgünstigen Wohnraum für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Die wichtigste Voraussetzung für Wohnungsbau sind Baurechte. Was das angeht, sind uns im letzten Jahr einige wichtige Durchbrüche gelungen, und weitere große Maßnahmen sind im Planungsstadium. In der Summe sind bis 2010 bereits rund 2500 neue Wohneinheiten im Bau und weitere 1500 in der Planung.

Für den Sektor des preisgünstigen und geförderten Wohnungsbaus ist und bleibt die Freiburger Stadtbau das wichtigste Instrument städtischer Wohnraumpolitik. Die FSB setzt in den kommenden Jahren ein Sanierungs- und Neubauprogramm von über 80 Millionen Euro um, zu zwei Dritteln Sanierung – vor allem in Weingarten-West – und zu einem Drittel Neubau. Dies bedeutet, dass nicht nur rund 400 neue und überwiegend preisgünstige Wohnungen geschaffen werden, die zu einer Entlastung des Marktes führen werden. Es bedeutet vor allem, dass ein Großteil des Wohnungsbestands in Weingarten von Grund auf saniert wird.

Die FSB braucht dazu eine tragfähige Kapitalausstattung. Das positive Jahresergebnis von rund 5 Millionen Euro ist wie in den letzten Jahren vollständig zur Eigenkapitalaufstockung in der Gesellschaft verblieben. Jeder Euro wird damit vollständig wieder für Neubau und Sanierung – also für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt – reinvestiert. Aus denselben Gründen ist auch die Verpflichtung der FSB korrigiert worden, städtische Erbbaugrundstücke zu erwerben. Die Stadt wird also ihrer Verpflichtung als Gesellschafterin für die soziale Ausrichtung der FSB und für die nachhaltige Sanierung ihres Wohnungsbestands voll- auf gerecht.

Es ist kein Zufall, dass Freiburg einen Spitzenplatz in ganz Deutschland belegt, was den Anteil öffentlich geförderter Wohnungen angeht, sondern das Ergebnis einer verantwortungsbewussten und sozial ausgewogenen Wohnungsförderungspolitik. Diesen Spitzenplatz wollen wir halten.

Kultur

Im nächsten Jahr wird die Generalsanierung des Augustinermuseums im ersten Bauabschnitt mit dem Kirchenschiff abgeschlossen. Das Augustinermuseum darf keine Dauerbaustelle sein. Deshalb wollen wir unmittelbar im Anschluss auch die Abschnitte II und III in Angriff nehmen. Wir werden im Doppelhaushalt 2009/2010 auch die Frage eines zentralen Kunstdepots zu einem guten Ende führen können. In zwei Jahren ist also die „Runderneuerung“ der Museumslandschaft zu einem Gutteil abgeschlossen.

Seit Anfang Juli liegen die Ergebnisse eines Organisationsgutachtens für das Theater mit dem Ziel vor, den nichtkünstlerischen Bereich zu optimieren. Im Theater sind auch Investitionen erforderlich. Das Gutachten trifft Aussagen über den Sanierungsbedarf der Bühnentechnik. Bisher ist als vorläufige Schätzung die Summe von 9 Millionen Euro genannt, um den Spielbetrieb dauerhaft gewährleisten zu können. Wir haben im aktuellen Haushalt dazu noch nichts eingestellt, werden dieses Thema in den folgenden

Jahren mit aller Kraft und mit allem Nachdruck angehen.

Für das Ensemblehaus in der früheren Kirche St. Elisabeth schlägt das Bürgermeisteramt einen einmaligen Investitionszuschuss von 250000 Euro vor. Mit diesem größten Einzelzuschuss im Kulturhaushalt erkennen wir an, dass das Barockorchester nicht nur in Deutschland, sondern international in der Championsleague spielt.

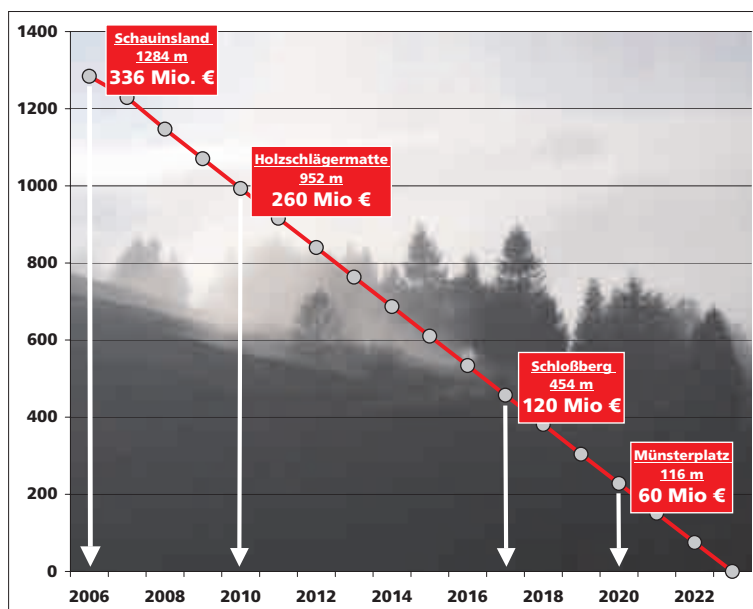
Personal und Verwaltungsreform

Was vor rund vier Jahren in Gang gesetzt worden ist, war und ist der bislang größte Umstrukturierungsprozess der Stadtverwaltung. Wir haben vor vier Jahren das Ziel benannt, dauerhaft die Personal- und Sachkosten um rund 50 Millionen Euro zu senken. Heute können wir feststellen, dass dieses Ziel zu vier Fünfteln erreicht worden ist. Dies spiegelt sich im Personalkostenbudget und in der Zahl der Personalstellen wider. Bis Ende 2010 erwarten wir die Zahl von 2473 Personalstellen, basierend auf den bereits verfügbaren und vollzogenen Stelleneinsparungen und auf der Einsparvorgabe von jährlich 3 Millionen Euro pro Jahr im neuen Haushalt. „Netto“ (d. h. ohne Auslagerung der Bäder und Umgründung des Theaters und trotz neuer Personalstellen für Ausbildungsplätze, Landesverwaltungsreform u. ä.) sind 192 Stellen eingespart worden.

Mit den vollzogenen Personalkostenkürzungen und bei Herausrechnung von Theater und Bädern liegen die Ansätze für 2009/2010 bei rund 139 bzw. 138,5 Millionen Euro. Hätten wir nicht rechtzeitig gegengesteuert, dann stünde im Haushalt für 2010 die Zahl von 160,8 Millionen Euro. Summiert von 2003 bis 2010 ergibt sich ein Betrag von rund 112 Millionen Euro, um den die Haushalte bisher im Personalkostenbudget entlastet worden sind.

Beteiligungshaushalt als Instrument der Partizipation

Der Beteiligungshaushalt ist ein Erfolg geworden. Wenn wir die Teilnehmerzahlen aus den Veranstaltungen und der Stadtkonferenz sowie die Rückläufe bzw. Zahlen aus dem Internet addieren, dann sind es mehrere Tausend, die sich mit Meinungsäußerungen, Vorschlägen und auch Kritik zu Wort gemeldet haben. Ohne der



Bergab nach oben: Vergleicht man den städtischen Schulden- mit dem Hausberg, dann waren die rund 336 Millionen Euro im Jahr 2006 der Schausinslandgipfel. Mittlerweile ist die Holzschlaggermatte in Sicht, die Ende 2010 mit einem Schuldenstand von 260 Millionen Euro erreicht werden könnte. Doch der Weg ins Tal ist noch weit: Bei gleichbleibendem Entschuldungstempo wird die Höhe Null im Jahr 2023 erreicht.

(Quelle: Kämmerei, Foto: G. Süßbier)

ausführlichen Diskussion hier vorgreifen zu wollen, hat der Beteiligungshaushalt einige interessante Bewertungen erbracht, welche Schwerpunkte aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger relevant sind: Schule, Bildung und Betreuung, Sanierung und Instandhaltung der Schulen, öffentlicher Nahverkehr, Klimaschutz, soziale Hilfen sowie Angebote für Kinder und Familien und der Sektor Bauen und Wohnen.

Wie geht es nun weiter? Bis zum Sommer 2009 werden wir einen Vorschlag erarbeiten, wie wir weiter mit dem Instrument des Beteiligungshaushalts umgehen wollen und wie Aufwand und Ziel in ein vertretbares Verhältnis zu setzen sind.

Die ungekürzte Rede steht im Internet unter www.freiburg.de/haushalt

„Sanieren der Substanzen und Finanzen“

Rede von Finanzbürgermeister Otto Neideck zur Einbringung des Doppelhaushalts 2009/2010 am 16. September im Gemeinderat (Auszüge)

Der Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 steht in der Kontinuität der letzten zwei Jahre unter der Überschrift „Sanieren der Substanzen und Finanzen“. Bei den Einnahmen stehen an erster Stelle die Schlüsselzuweisungen. Bei aller Freude darüber, wie sehr uns diese Zuweisungen helfen, ist hier auf den Zusammenhang zwischen eigener Leistungskraft und der Höhe der Schlüsselzuweisungen hinzuweisen. Freiburg gehörte immer schon zu den Städten mit einer leider eher niedrigen eigenen Steuerkraft, weshalb wir stärker als andere von den Zuweisungen profitieren.

Die Einkommensteuer steigt konjunkturbedingt an und erreicht damit ebenfalls den höchsten Stand aller Zeiten in Freiburg. Diese Aussage ist leider auf die Gewerbesteuer nicht übertragbar. Für 2009 haben wir einen Ansatz von 114 und für 2010 von 116 Millionen Euro aufgenommen. Glücklicherweise sind wir von großen Einbrüchen verschont geblieben, leider auch von großen Ausbrüchen nach oben. Trotzdem bleibt uns das politische Ziel, dass wir das Aufkommen der Gewerbesteuer stabil halten – nicht etwa durch Erhöhungen des Hebesatzes, sondern indem wir die Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Belebung weiter verbessern.

Die Grundsteuer ist die als zweite wichtige und von uns selbst im Hebesatz bestimmte Steuer. Was beim letzten Haushalt als ein politisches Junktim galt, gilt auch heute noch: Die Einnahmen aus der Erhöhung ab 2007 fließen eins zu eins in die Schulsanierung. Deshalb brauchen wir diese Einnahmen noch einige Jahre, um das Programm der Schulsanierung finanzieren zu können.

Wenn wir die Ausgabenseite insbesondere im Vermögenshaushalt betrachten, dann zieht sich ein Thema wie ein roter Faden durch alle Ansätze: Investitionen in unsere Infrastruktur. An erster Stelle stehen die Hochbaumaßnahmen mit pro Jahr rund 30 Millionen Euro und die Tiefbaumaßnahmen mit jeweils rund 14 Millionen Euro. Schwerpunkte im Hochbau sind wiederum die Schulen. Sie sind jedoch nicht die einzigen Investitionen. Der Vermögenshaushalt weist zahlreiche weitere Projekte aus. Auch hier gilt das Gleiche wie bei den Schulen: Wir leisten hier notwendige Sanierungen, also Pflichtaufgaben im klassischen Sinne, und wir investieren in vorhandene Einrichtungen.

Auch im Tiefbau sind einige größere Vorhaben mit Ansätzen aufgenommen, die mehr sind als nur „politische Markposten“: Der vierspürige Ausbau der Heinrich-von-Stephan-Straße ist mit insgesamt 5,5 Millionen Euro veranschlagt. Die Stadtbahn Habsburgerstraße ist Teil des Bundesprojekts „Stadtbahn in die nördlichen Stadtteile und nach Gundelfingen“. Weitere Projekte sind die Sanierung der Sundgau-Brücke, der Abschluss der Arbeiten für die Wiwili-Brücke und eine Pauschale für weitere Brückensanierungen.

Brücken sind in der jüngeren Vergangenheit zu den Sorgenkindern geworden. Bei zahlreichen Brückenbauwerken ist ein Reparaturstau aufgelaufen, der keinen Aufschub mehr duldet. Die Wiwili-Brücke ist leider ein besonders markantes Beispiel. Sie ist allerdings auch ein Lehrstück, wozu es kommen kann, wenn die Dinge zu lange aufgeschoben werden.



Finanzbürgermeister Otto Neideck

(Foto: M. Spiegelhalter)

Zum ersten Mal etatisiert wird die Vorfinanzierung für die Planungskosten des Stadttunnels. Wir stellen dazu pro Jahr eine Million Euro bereit, und werden dies auch in den Folgejahren in einem Gesamtumfang von voraussichtlich ca. 5 Millionen Euro tun müssen.

Und schließlich die Investitionszuschüsse an die Breisgau-S-Bahn mit 1,8 und 2,0 Millionen Euro. Sie sind die logische Umsetzung dessen, was als langfristiges Ausbauprogramm bis 2018 zwischen dem Land und dem ZRF verabredet worden ist. Neben den überörtlichen Maßnahmen haben wir auch für Stadtbahnlinien Zähringen, Kronenstraße, Werthmannstraße, Rotteck- und Friedrichring sowie die Linie zur Neuen Messe Mittel von knapp 1,1 Millionen Euro vorgesehen.

Schwerpunkte des Verwaltungshaushalts

Im Kulturhaushalt legen wir trotz der angesprochenen Kürzungen in den Jahren 2009 und 2010 deutlich zu. Betrachtet vom Jahr 2003 mit knapp über 23 Millionen Euro, haben wir für 2009 und 2010 jeweils knapp unter 27 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt veranschlagt. Genauso verhält es sich auch im sozialen Bereich. Wer also hier von kulturellem Kahlschlag oder aber von sozialer Kälte redet, nimmt bewusst Fakten nicht zur Kenntnis. Insgesamt erreicht der Reinaufwand Soziales mit 91 bzw. 92 Millionen Euro einen neuen Spitzenwert, trotz der positiven Entwicklung und dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der Zuschuss für die Kindertagesstätten überschreitet 2009/2010 zum ersten Mal die 20-Millionen-Euro-Grenze. Dies ist eine Verdoppelung gegenüber 2003. Erfasst man zusätzlich die Kosten der städtischen Kindergärten, erreichen wir 2010 nahezu 30 Millionen Euro.

Konzern Stadt

Die im Haushalt ausgewiesenen Investitionen sind nur ein Teil der Investitionstätigkeit im „Konzern Stadt“. Zu den Zahlen im eigenen Vermögenshaushalt sind auch die Investitionen der Gesellschaften hinzuzurechnen. Sie liegen in beiden Jahren jeweils über 50 Millionen Euro, und wenn wir Badenova noch berücksichtigen, deutlich über 100 Millionen Euro. Die Stadtwerke mit den dort angeglieder-

ten Unternehmen BreisNet, Verkehrs-AG, Flugplatz Freiburg, Abwasser Freiburg und Stadtwerke-Bäder werden 2009 ein Umsatzvolumen von nahezu 70 Millionen Euro erreichen und 2010 überschreiten. Es wird niemanden überraschen, dass wir wegen des Investitionsprogramms der VAG und wegen der Sanierung der Bäder diese guten Zahlen 2009 und 2010 der Stadtwerke nicht in dieser Höhe fortschreiben können. Ab 2009 und 2010 schlagen die Ausgabenblöcke u. a. für die Habsburgerstraße und die anstehenden Sanierungen des Westbads und des Hallenbads Haslach zu Buche.

Die Freiburger Stadtbau „bewegt“ ein Umsatzvolumen von fast 80 (2009) und 83,4 Millionen Euro (2010). Die Stadtbau wird 2009 17,6 und 2010 fast 15 Millionen Euro investieren; die Aufwendungen für Instandhaltungen liegen zusätzlich bei jeweils fast 9 Millionen Euro.

Im großen Bereich Wirtschaftsförderung, Messe und Ausstellungen sowie Tourismus „bewegen“ wir 2009 rund 13,8 und 2010 rund 14,7 Millionen Euro. Gerade im Sektor Tourismus sowie Messen und Ausstellungen ist Freiburg eine boomende Stadt. Die FWTM hat neue und interessante Formate für Ausstellungen und Messen entwickeln können.

Zu vielen Zahlen fehlt uns eine entsprechende Vorstellungskraft. Ich habe daher eine Darstellung gewählt, die Ihnen allen vertraut ist, nämlich unseren Schausinsland. Wenn wir den Ausgangspunkt unserer Verschuldung mit rund 336 Millionen Euro im Jahr 2006 gleichsetzen mit dem Gipfel des Schausinslands, dann werden wir bis zum Ende 2010 die Holzschlaggermatte erreicht haben. Wenn wir in diesem Tempo (20 Millionen Euro Entschuldung pro Jahr) weitermarschieren, werden wir 2017 den Schloßberg und 2020 den Münsterplatz erreicht haben. 2023 wären wir dann auf Meereshöhe. Und anders als beim Wandern ist bei der Entschuldung der Weg herunter wesentlich mühsamer als hinauf. Aber ich finde, dass es wirklich des Schweißes und der Mühen wert ist, mit viel Disziplin diesen Weg weiterzugehen und sich im wahrsten Sinne des Wortes bergab zu bemühen.

Die ungekürzte Rede steht im Internet unter www.freiburg.de/haushalt